

# Positionspapier

---

**Initiator\*innen:** Geschäftsleitung JUSO Schweiz / Comité directeur de la JS Suisse / Comitato direttivo della GISO Svizzera (beschlossen am: 03.01.2024)

**Titel:** **Von Recht und Unrecht –Thesen zum Justizsystem**

---

## Antragstext

1 Unser Leben und unser Alltag sind von Ungerechtigkeiten geprägt. Wir leben in  
2 einem kapitalistischen, rassistischen, sexistischen, queerfeindlichen,  
3 ableistischen und allgemein menschenfeindlichen System. Unabhängig davon, wo man  
4 im politischen Spektrum steht oder ob man sich überhaupt für Politik  
5 interessiert; niemand will Ungerechtigkeit walten lassen. Als einzelne Menschen  
6 und als gesamte Gesellschaft haben wir ein Bedürfnis nach Sicherheit. Wir wollen  
7 vor Übergriffen und Ungerechtigkeit geschützt werden, dass Schaden  
8 wiedergutmacht und Gerechtigkeit hergestellt wird. Dieses Bedürfnis nach  
9 Sicherheit und Gerechtigkeit wird als Erwartung an unser Justizsystem getragen.  
10 Die Justiz und damit ihre Institutionen werden als neutrale Instanzen  
11 verstanden, die uns diese ersehnte Gerechtigkeit geben sollen, wenn wir in  
12 unseren Rechten verletzt werden. Aber wider dieser Erwartungen bietet uns das  
13 Justizsystem keinen Schutz vor Ungerechtigkeit. Die Ungerechtigkeiten in unserer  
14 Gesellschaft, wo auch immer sie ihren Ursprung haben, werden gar oft durch das  
15 Justizsystem verstärkt, und im Justizsystem, vor den Gerichten, bei der Polizei,  
16 in den Behörden usw. sind wir systematisch der Ungerechtigkeit ausgesetzt.  
17 Erwartungen und Realität klaffen also weit auseinander. Auf dem Weg zu einer  
18 gerechteren Welt ist daher eine genauere Analyse des heutigen Justizsystems  
19 notwendig.

20 Dieses Positionspapier beschäftigt sich deshalb mit dem Justizsystem, dem wohl  
21 wichtigsten Element des repressiven Staates. Wenn im folgenden von Justizsystem  
22 gesprochen wird, dann meint dies alle Prozesse, Institutionen und Ämter die zur

23 Erstellung, Anwendung und Interpretation von Gesetzen und Rechten dienen,  
24 inklusive den Gerichten und den Strafverfolgungsbehörden sowie den Regeln, unter  
25 welchen diese Institutionen arbeiten und unter welchen Menschen versuchen "zu  
26 Recht zu kommen."

27 In einem kapitalistischen System hat das Justizsystem für den bürgerlichen Staat  
28 im Wesentlichen zwei Funktionen: Einerseits dient es der Aufrechterhaltung und  
29 dem Schutz der bestehenden Besitzverhältnisse und der Disziplinierung all jener,  
30 die sich nicht an die Regeln zu deren Schutz halten. Andererseits hat das  
31 Justizsystem den Zweck, auf Konflikte in der Gesellschaft zu reagieren und das  
32 Zusammenleben zu organisieren. Wir wollen in diesem Papier aufzeigen, wie unser  
33 heutiges Justizsystem systembedingt zu Ungerechtigkeit und zur Aufrechterhaltung  
34 von Unterdrückungssystemen beiträgt. Die Auslegung und Anwendung des Rechts  
35 durch Justizbehörden, wie beispielsweise Gerichte, prägen die gesellschaftliche  
36 Ordnung und Hierarchien massgeblich mit. Unsere Analyse kommt zum Schluss, dass  
37 das Justizsystem in seiner gegenwärtigen Form nicht reformiert werden kann, wenn  
38 wir eine gerechte und freie Gesellschaft erreichen wollen.

39 Das Ziel von uns Sozialist\*innen ist die Überwindung des Kapitalismus und aller  
40 Herrschafts- und Unterdrückungssysteme. Wir glauben daran, dass alle Menschen  
41 ein Leben in Würde verdienen und zwar frei von Ausbeutung, Bevormundung und  
42 Unterdrückung.<sup>[1]</sup> Wir wollen unsere Gesellschaft grundlegend und nachhaltig  
43 umbauen und unser Zusammenleben neu organisieren. Konflikte - seien diese  
44 strukturell oder zwischenmenschlich - wird es jedoch auch in Zukunft geben und  
45 werden auch die neue Ordnung auf die Probe stellen. Um wahre Gerechtigkeit  
46 schaffen zu können, brauchen wir in Zukunft Konfliktlösungsmechanismen, die  
47 Freiheit und Gerechtigkeit für alle Teile der Gesellschaft in den Mittelpunkt  
48 stellen und nicht darauf abzielen, die Privilegien und die Macht einiger weniger  
49 zu sichern.

50 Wir brauchen folglich eine alternative Form der Konfliktbewältigung, als dies  
51 das bürgerliche Justizsystem vorsieht. Ansätze dafür lassen sich in der  
52 *Restorative Justice* finden, die die Suche nach der Wiedergutmachung durch alle  
53 Beteiligten ins Zentrum der Konfliktlösung stellt.

54 Die Analyse des Justizsystems in seiner heutigen Form erfolgt anhand der  
55 folgenden Thesen, welche aufzeigen, wie das Justizsystem die bestehende  
56 Ordnung und darin insbesondere die Besitzverhältnisse schützt, wie es  
57 fälschlicherweise auf Vergeltung ausgerichtet ist und wie die Auslegung der  
58 Gesetze nicht demokratisch funktioniert. Des Weiteren wird beleuchtet, dass der  
59 Zugang zum Recht nicht für alle gleich ist und auch nie gleich sein kann, dass  
60 bestehende Diskriminierungen durch das Justizsystem verstärkt werden und dass  
61 die Polizei nicht den 99% dient.

## 1. Das Justizsystem stützt die bestehende Ordnung

Das Justizsystem genießt innerhalb unserer Gesellschaft einen hohen Legitimationsgrad. Diese Legitimation kommt zum einen durch die Struktur selbst, aber ist vor allem der vorherrschenden Hegemonie zu verschulden. Der bürgerliche Staat dient vorrangig der herrschenden Klasse zur Aufrechterhaltung und/oder Etablierung von Machtstrukturen. Im Kapitalismus bedeutet dies die Durchsetzung der Kapitalinteressen. Nach Antonio Gramscis Konzept des "integralen Staats" sorgen Zwangs- und Konsenselemente dafür, dass die unterdrückte Klasse diese Strukturen nicht ernsthaft in Frage stellt und folglich auch nicht überwinden will.<sup>[2]</sup> Der Konsens innerhalb einer Gesellschaft, also eigentlich die öffentliche Meinung, wird durch verschiedenste Institutionen wie die Schule, die Medien oder Wissenschaftler\*innen etc. geprägt. Die Aufgabe dieser Institutionen stellt die Legitimation der Interessen der Herrschenden dar. Gleichzeitig prägen aber auch Gesetzestexte die hegemoniale Vorstellung mit: Was im Gesetz festgehalten ist, wird damit in den meisten Fällen automatisch gesellschaftlich legitimiert.<sup>[3]</sup>

Der bürgerliche Staat im engeren Sinne verfügt also über verschiedene Mittel, mit welchen relativ autonom eine kapitalfreundliche Politik durchgesetzt werden können. Falls diese von relevanten Teilen der Zivilgesellschaft in Frage gestellt werden sollten oder dagegen gehandelt wird, kann der souveräne Staat "repressive Apparate" zur Wiederherstellung und Sicherung der Ordnung einsetzen, namentlich das Justizsystem und deren längere Arme in Form von Polizei und Militär. Wer der staatlichen Repression zum Opfer fällt, ändert sich im Laufe der Zeit. Wichtig zu verstehen ist, dass das Unrecht nicht per se in einzelnen Normen oder Gesetzen liegt, sondern im Sinn und Zweck des bürgerlichen Staates: dem Erhalt und der Durchsetzung von kapitalistischen Machtstrukturen. Die Überwindung des Kapitalismus geht also mit der Überwindung des bürgerlichen Staates einher.<sup>[4]</sup>

## 2. Das Justizsystem dient primär den Besitzverhältnissen

Ein Rechtssystem wie wir es heute kennen, mit all seinen Institutionen, Ämtern und Gesetzen ist sehr neu, es ist aber keine Erfindung des Kapitalismus. Das Rechtssystem hat im Gegenteil sogar zum Aufbau des Kapitalismus und des bürgerlichen Staates beigetragen und eine wichtige Grundlage dafür gestellt. Im Laufe der Zeit haben sich verschiedene Institutionen, insbesondere aufgrund der sich ändernden Produktionsweisen und der Bedürfnisse der herrschenden Klasse,

99 weiterentwickelt. Ein Beispiel dafür ist die Privatisierung von Gemeingütern,  
100 wie sie im 18. Jahrhundert stattfand und die Produktion stark beeinflusste.  
101 Diese Veränderungen des Rechtssystems hatten weitreichende Konsequenzen und  
102 verdeutlichen den Einfluss von Rechtsordnungen auf die Entwicklung von  
103 Klassenverhältnissen.

104 Klassenverhältnisse wurden schon immer von Rechtssystemen geprägt und  
105 beeinflusst. Die Regelung und der Schutz des Eigentums, wie wir ihn heute  
106 kennen, gab es bereits im römischen Reich. Über die Jahrhunderte wurden  
107 Rechtssysteme angepasst und verändert, um der herrschenden Ordnung zu dienen.  
108 Der moderne bürgerliche Staat und sein Rechtssystem, wie wir es seit dem 19.  
109 Jahrhundert kennen, finden also ihren Ursprung in der ganzen Geschichte der  
110 Unterdrückung. Wo Klassenverhältnisse aufrechterhalten werden müssen, werden  
111 unterdrückerische Justizsysteme geschaffen. Durch eine Vielzahl an Gesetzen,  
112 Ämtern, Gerichten usw. werden Menschen gezwungen, in einem kapitalfreundlichen  
113 Rahmen zu existieren. Damit Herrschaftsstrukturen überleben können, müssen sie  
114 einerseits legitimiert werden, andererseits durchgesetzt werden können. Mittel  
115 zum Zweck sind beispielsweise Betreibungsämter, Gefängnisse oder Steuergesetze.  
116 Alle, die sich nicht an die Spielregeln des Kapitals halten wollen oder können  
117 oder sich dagegen auflehnen, werden mit staatlicher Repression konfrontiert. Das  
118 Rechtssystem gibt dem bürgerlichen Staat die Mittel, die herrschende Ordnung  
119 aufrechtzuerhalten.

### 120 **3. Ein Justizsystem, das auf Vergeltung aus ist,** 121 **führt nicht zu mehr Gerechtigkeit**

122 Neben dem Schutz der Eigentumsverhältnisse existiert das Justizsystem auch, um  
123 gesellschaftliche Konflikte zu lösen. Das heutige (Straf-)Justizsystem ist dabei  
124 im Wesentlichen eine Vergeltungsjustiz. Bei ausgeübtem Unrecht geht es darum,  
125 den\*die Täter\*in zu bestrafen und damit ein Übel durch ein anderes Übel  
126 auszugleichen. Damit soll einerseits eine Disziplinierung der Täter\*innen (und  
127 möglicher Nachahmer\*innen) erreicht und andererseits das Bedürfnis nach  
128 Gerechtigkeit durch Vergeltung gestillt werden. Dieser Grundsatz ist mehrfach  
129 falsch. Alle Straftäter\*innen sind Kinder ihrer Gesellschaft. Die  
130 gesellschaftlichen Umstände erhöhen oder reduzieren das Risiko für Straftaten.  
131 Eine Individualisierung des Problems mit individueller Abstrafung führt in die  
132 Sackgasse. Dies zeigt sich auch in den Zahlen: Für die Reduktion von Rückfällen  
133 und Wiederholungstaten sind andere Methoden als die reine Bestrafung  
134 vielversprechender. <sup>[51]</sup>

135 Ausserdem entzieht die Vergeltungslogik sowohl den Geschädigten bzw. den Opfern  
136 wie auch den Täter\*innen die Möglichkeit, sich an der Lösung des Konflikts zu

137 beteiligen. Ein auf Bestrafung ausgerichtetes System, das nach dem Prinzip "aus  
138 den Augen, aus dem Sinn" und der Logik des "Busse-Tuns" funktioniert, kann  
139 niemals den Anforderungen einer gerechten Gesellschaft gerecht werden.  
140 Stattdessen muss gesellschaftliche Konfliktlösung darauf ausgerichtet sein, dass  
141 Unrecht wieder gut gemacht werden kann und vergangene Fehler zu einem  
142 Lernprozess und einer Verbesserung in Zukunft führt.

#### 143 **4. Die Gesetzesauslegung ist undemokratisch**

144 Jedes Gesetz muss angewandt werden, dabei haben Gerichte einen grossen  
145 Spielraum. Die Anwendung der Gesetze wird damit mehrheitlich einer direkten  
146 demokratischen Kontrolle entzogen. Richter\*innen werden zwar von Parlamenten (in  
147 einigen Kantonen von der Stimmbevölkerung) gewählt und haben somit eine  
148 demokratische Legitimierung, aber über ihre Aktivität hat die breite Bevölkerung  
149 nur wenig Kontrolle und Wissen.

150 Gerichtsverhandlungen sind zwar in den meisten Fällen öffentlich, dieses Prinzip  
151 ist sogar in unseren Grundrechten verankert. Ziel dieser Öffentlichkeit ist die  
152 Kontrolle der Rechtsprechung durch die Bevölkerung. Diese vermeintliche  
153 Kontrolle funktioniert aus verschiedenen Gründen nicht: einerseits ist es für  
154 die wenigsten Menschen möglich, sich Zeit zu nehmen, an einer  
155 Gerichtsverhandlung teilzunehmen, geschweige denn den relativ komplizierten  
156 Ablauf überhaupt zu verstehen. Andererseits fehlt in der Gerichtsverhandlung  
157 häufig eine ausführliche Urteilsbegründung, die eigentlich wichtig wäre, um ein  
158 Gericht effektiv zu kontrollieren oder in gegebenen Fällen zu kritisieren.  
159 Einige Entscheide, insbesondere vom Bundesgericht, werden publiziert. Die  
160 öffentliche Reaktion auf Entscheidsbegründungen, insbesondere im Zusammenhang  
161 mit sexualisierter Gewalt, zeigt, wie wichtig diese Begründungen sind, um ein  
162 Gericht zu kritisieren, Besserung zu verlangen und systemische Probleme in der  
163 Rechtsprechung zu erkennen.

164 Die Richter\*innen stützen sich bei ihren Entscheiden nicht bloss auf ihre  
165 persönliche Meinung oder vergangene Gerichtsentscheide. In den Begründungen von  
166 Gerichtsentscheiden sieht man, dass oft sogenannte "Kommentare"<sup>[6]</sup> zur Begründung  
167 und Argumentation beigezogen werden. Obwohl diese Ausführungen und Informationen  
168 eine sehr grosse Rolle in der Umsetzung von Gesetzen spielen, sind sie nur für  
169 wenige zugänglich und werden von einem engen Autor\*innenkreis geschrieben. So  
170 haben wenige Rechtsprofessor\*innen einen enormen Einfluss auf die Rechtsprechung  
171 und die Anwendung der Gesetze, ohne auf irgendeine Weise demokratisch  
172 legitimiert zu sein und mit wenig Transparenz darüber, wie diese Kommentare  
173 entstehen.

174 **5. In einem kapitalistischen System gibt es**  
175 **keine Gerechtigkeit für alle**

176 Obwohl gemäss Verfassung der Zugang zum Recht garantiert werden sollte, sieht  
177 die Realität anders aus. Ein Symptom für diesen ungleichen Zugang sind die  
178 finanziellen Hürden. Doch das Problem geht weiter als eine finanzielle Frage.  
179 Wie kann der Zugang zum Recht garantiert werden, in einem komplexen  
180 Justizsystem, mit schwer verständlichen Gesetzen, einer teilweise  
181 intransparenten Anwendung, für die man ein Studium oder stundenlange Recherche  
182 benötigt, um sie zu verstehen?

183 Die Unzugänglichkeit der Gerechtigkeit hat ihren Ursprung im fehlenden Wissen  
184 der breiten Bevölkerung über die Gesetze und die Möglichkeiten, ihre Interessen  
185 zu vertreten oder eine ungerechte Behandlung zu bekämpfen. Die Lösung kann  
186 jedoch nicht sein, die breite Bevölkerung besser auszubilden, auch wenn  
187 niederschwellige Bildungs- oder Beratungsangebote vielen helfen können.  
188 Bildungs- und Beratungsangebote haben aber auch ihre Grenzen in einem komplexen,  
189 intransparenten und teuren Justizsystem. Die Unzugänglichkeit des Rechts ist  
190 ein breit bekanntes Problem, es lässt sich jedoch nicht durch einzelne  
191 Massnahmen lösen. Um die herrschenden Verhältnisse aufrechtzuerhalten, muss das  
192 Rechtssystem unzugänglich sein. Würden alle die Rechte, die ihnen zustehen,  
193 einklagen, egal in welchem Rechtsbereich, wären die Interessen der herrschenden  
194 Klasse gefährdet. Diese Vorstellung mag zwar verlockend klingen, ist aber nichts  
195 mehr als eine Vorstellung. Denn das Rechtssystem ist fundamental darauf  
196 ausgelegt, nicht allen den Zugang zu Gerechtigkeit und Schutz zu gewähren.

197 **6. Das Justizsystem verstärkt bestehende**  
198 **Unterdrückung**

199 Unsere Welt ist geprägt von Unterdrückungssystemen wie Patriarchat, Rassismus,  
200 Kolonialismus und Ableismus. Diese Unterdrückung äussert sich auch im  
201 Justizsystem und wird durch dieses noch verstärkt. Die Institutionen des Rechts  
202 verfestigen bestehende Ungleichbehandlungen in Form von Gesetzestexten und  
203 juristischen Praktiken. Dies führt dazu, dass unterdrückte und marginalisierte  
204 Gruppen stärker kriminalisiert werden. Die Schweizer Polizei und Justizbehörden  
205 befassen sich beispielsweise unverhältnismässig stark mit Delikten, welche den  
206 Aufenthaltsstatus von migrantischen Personen kriminalisieren. Darüber hinaus  
207 führen Delikte auch ohne Migrationsbezug bei Menschen ohne Schweizer Pass häufig  
208 zu härteren Strafen (z.B. Landesverweisung). Racial Profiling<sup>[1]</sup> wiederum, als  
209 Konsequenz von Rassismus innerhalb der Gesellschaft und des Justizsystems, hat  
210 zur Folge, dass rassifizierte Menschen überproportional stark kriminalisiert  
211

werden.

212 Patriarchale Unterdrückung kommt im Justizsystem ebenfalls stark zum Ausdruck.  
213 So werden aufgrund der tiefen Erfolgchancen bei Sexualdelikten nur 8% aller  
214 sexuellen Übergriffe zur Anzeige gebracht.<sup>[181]</sup> Menschen mit Behinderungen haben  
215 über die Beistandschaft teilweise nicht die gleichen Rechte wie der Rest der  
216 Bevölkerung, Armutsbetroffene werden beim Bezug von Unterstützungsleistungen  
217 unter Generalverdacht gestellt und es droht ihnen für Bagatelldelikte eine  
218 Gefängnisstrafe. Diese Aufzählung könnte nach Belieben weitergeführt werden. Vor  
219 dem Recht sind offensichtlich nicht alle gleich. Unter dieser Unfähigkeit oder  
220 dem Unwillen des Justizsystems, Gerechtigkeit zu schaffen, leiden erneut  
221 Menschen, die sowieso schon von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen sind.

## 222 **7. Die Polizei schützt nicht uns, sondern die** 223 **Interessen des Kapitals**

224 Knapp 70% der Schweizer Bevölkerung hat ein hohes Vertrauen in die  
225 Polizeiinstitution.<sup>[191]</sup> Das mag überraschen, denn die Polizei passt eigentlich  
226 nicht mit unserem Verständnis von Demokratie zusammen. Statt Freiheiten zu  
227 wahren oder vor Gewalt zu schützen, macht die Polizei das Gegenteil:  
228 Reproduktion von Ungerechtigkeit und Unterdrückung, Einschränkung von  
229 Freiheit.<sup>[181]</sup> Die Polizei übernimmt das Durchsetzen von Recht und Ordnung für  
230 das staatliche Gewaltmonopol, dafür dürfen auch Gewalt und Zwangsmittel  
231 eingesetzt werden. Daraus resultieren klare Ambivalenzen: Beispielsweise ist die  
232 Polizei eigentlich beauftragt, Menschenrechte zu schützen, verletzt diese aber  
233 regelmässig selber.<sup>[111]</sup> Wenn die Polizei unrechtmässig handelt, wird dies selten  
234 angemessen geahndet, die dafür nötigen Kontrollmechanismen, z.B. unabhängige  
235 Ombudsstellen und/oder eine klare Regelung von Straftatbeständen, fehlen in der  
236 Schweiz praktisch komplett.<sup>[121]</sup> Spätestens wenn wir einen Blick auf die  
237 Systematik hinter der Polizei werfen, wird klar, dass deren Priorität nie  
238 Freiheit und Schutz für die Bevölkerung darstellen kann. In der Schweiz liegen  
239 die Ursprünge der Polizei bei den sogenannten Landjägern, die spätestens ab dem  
240 17. Jh. für die Vertreibung von Fahrenden und Armutsbetroffenen.<sup>[131]</sup> Die Polizei  
241 war niemals und ist auch heute nicht da, um die Menschen zu schützen.

242 Im heutigen kapitalistischen System schützt die Polizei im Auftrag des  
243 bürgerlichen Staates die Produktionsmittel der herrschenden Klasse und sichert  
244 die bestehenden Machtverhältnisse. Alle jene, die diese Verhältnisse öffentlich  
245 in Frage stellen, laufen entsprechend in Gefahr, polizeilicher Repression  
246 ausgeliefert zu werden. Damit werden Kritiker\*innen und alle, die in diesem  
247 System nicht nach den kapitalistischen Spielregeln handeln wollen oder können,  
248 eingeschüchtert und gemahnt.

249  
250

## **8. Das heutige Justizsystem kann nicht reformiert werden**

251 Unsere Analyse zeigt: Das Justizsystem ist auf die Interessen der herrschenden  
252 Klasse ausgerichtet, zum Nachteil der 99% und insbesondere von marginalisierter  
253 Gruppen. Versuche, dieses System zu reformieren, sind zum Scheitern verurteilt,  
254 denn der Funktionszweck würde damit bestehen bleiben. Solange die Mittel und  
255 Strukturen zur Machterhaltung und Unterdrückung existieren, kann keine gerechte  
256 Gesellschaft aufgebaut werden. Wenn der Kapitalismus überwunden werden soll,  
257 muss der bürgerliche Staat und seine Institutionen und Instrumente überwunden  
258 werden. Dazu gehört auch das Justizsystem.

### **Unsere Vision: Kollektiv Gerechtigkeit schaffen**

260 Alle Menschen haben ein Leben in Würde verdient, dazu gehört auch Gerechtigkeit.  
261 Gerechtigkeit, wenn einem Unrecht widerfahren ist, aber auch ein Recht auf  
262 Wiedergutmachung, wenn man selbst Unrecht begangen hat. Unsere Vision einer  
263 sozialistischen Gesellschaft kann und muss dafür entsprechende Strukturen  
264 beinhalten, also eine Alternative zum heutigen Justizsystem. Denn wir sind uns  
265 bewusst, dass auch nach einer sozialistischen Wende nicht per sofort alle Gewalt  
266 und Unterdrückung beseitigt ist. Insbesondere die Überwindung von  
267 Unterdrückungssystemen, die bestimmte Formen der Gewalt ermöglichen, wie  
268 Rassismus, Patriarchat oder Ableismus, wird nicht von heute auf morgen möglich  
269 sein. Mit dem heutigen Justizsystem können diese Systeme jedoch niemals  
270 überwunden werden, weswegen wir neben kurzfristigen Massnahmen eine  
271 langfristige, transformative Alternative benötigen.

### **Was es heute und morgen zu tun gibt**

273 Das heutige Unrecht kann und muss bereits vor der sozialistischen Wende  
274 vermindert werden. Täglich werden Flüchtende unter unmenschlichen Bedingungen in  
275 Ausschaffungshaft gezwungen, Gerichtsprozesse werden zu Unrecht verloren,  
276 Betroffene von sexualisierter Gewalt werden traumatisiert, Menschen in die Armut  
277 gezwungen – kurzum: heute verschärft das Justizsystem Ungerechtigkeit und kostet  
278 nicht selten Menschenleben.

279 Dieses Leid muss möglichst schnell und effizient eingedämmt werden. Kurzfristig  
280 muss der Zugang zu Recht für alle Menschen verbessert und vereinfacht werden.  
281 Marginalisierte Gruppen müssen geschützt und deren Rechte gestärkt werden. Dafür  
282 muss auch die Kriminalisierung von Gruppen gestoppt werden, das gilt  
283 beispielsweise für rassifizierte Personen und Menschen ohne Schweizer Pass. Für

284 alle Menschen muss das gleiche Recht gelten, mit dem Asylregime muss  
285 entsprechend gebrochen werden, wie das in unserem Rassismuspapier<sup>[14]</sup>, im  
286 Migrationspapier<sup>[15]</sup> und verschiedenen Resolutionen zur Thematik dargelegt wird.  
287 Racial Profiling und Alltagsdiskriminierung müssen bekämpft werden, denn auch  
288 gleiche Rechte bedeuten noch lange nicht gleiche Rechtsauslegung und schon gar  
289 nicht Gerechtigkeit. Darüber hinaus ist in vielen Bereichen eine Änderung der  
290 Rechtsgrundlagen dringend erforderlich, denn wenn das Gesetz selbst  
291 diskriminierend gestaltet ist, hat die Herstellung von Gerechtigkeit bereits im  
292 Ansatz keine Chance. Auch die Gesetzesauslegung muss schnellstmöglich anders  
293 erfolgen. Die Gerichte, die wichtigste Institution der Gesetzesauslegung, müssen  
294 einer stärkeren demokratischen Kontrolle unterliegen. Die Institutionen der  
295 Strafverfolgung, darunter insbesondere die Staatsanwaltschaften, müssen vom  
296 Zwang zur Effizienz befreit werden. Es darf nicht sein, dass nur jene mit  
297 Sicherheit angemessene Untersuchungen erhalten, die mit einem Heer von  
298 Anwält\*innen jede Nicht-Anhandnahme anfechten können. Auch braucht es Mittel um  
299 Einzelpersonen in ihren rechtlichen Verhältnis zu Kapitalist\*innen und  
300 Grosskonzernen zu schützen. Personen (juristisch oder natürlich), die über  
301 grosse finanzielle Mittel verfügen, sollten bei Prozessen auch eine grössere  
302 finanzielle Last tragen, egal wie der Prozess ausgeht.

### 303 **Der lange Weg hin zu Gerechtigkeit**

304 Mit der Überwindung des Kapitalismus fällt das Kernelement des heutigen  
305 Justizsystems weg: Die Aufrechterhaltung der Herrschaft der kapitalistischen  
306 Klasse und der Schutz und Erhalt ihrer Produktionsmittel. Auch die Beseitigung  
307 aller Unterdrückungsstrukturen innerhalb der Gesellschaft entziehen vielen  
308 Konflikten das Fundament und haben eine Auswirkung auf die Justiz. Mit der  
309 grundlegenden Transformation unserer Gesellschaft, muss ein neues Verständnis  
310 von Sicherheit, Ordnung und des Zusammenlebens einher gehen.

311 Konflikte und Gewalt können wir wohl aber niemals ganz aus einer Gesellschaft  
312 verbannen, weswegen wir eine neue kollektive Praxis für die Schaffung wahrer  
313 Gerechtigkeit benötigen, fernab von Strafe und Vergeltung. Ein Ansatz dafür  
314 stellt das Konzept der *Restorative Justice* dar, ein uralter Ansatz der  
315 Konfliktbewältigung, bei dem die Wiedergutmachung an Stelle von Strafe im  
316 Zentrum steht. Der Ursprung dieser Praxis liegt u.a. bei indigenen Gruppen in  
317 Neuseeland und Nordamerika und erlebt seit 30 Jahren global einen  
318 Aufschwung.<sup>[16]</sup>

319 Mit der *Restorative Justice* können wir mittelfristig gerichtliche Verfahren  
320 Schrittweise ersetzen. Bereits heute beinhalten die Rechtsordnungen von Ländern  
321 wie Österreich oder Deutschland mit dem "Tatausgleich"/"Täter-Opfer-Ausgleich"  
322 Ansätze der *Restorative Justice*.<sup>[17]</sup> Auch die JUSO Schweiz arbeitet bei der

323 Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt nach solchen Ansätzen. In Restorative  
324 Justice Verfahren suchen Opfer, Täter und/oder weitere Gemeinschaftsmitglieder,  
325 die auch durch das Geschehene betroffen sind, gemeinsam Lösungen und Strategien,  
326 um mit den Folgen der Tat umzugehen. Der Prozess kann auch von einer  
327 unparteiischen dritten Instanz begleitet werden. Bei den Verfahren werden Gewalt  
328 und Unrecht auch auf Gemeinschaftsebene analysiert und entsprechende  
329 Lösungsansätze dafür gesucht.<sup>[18]</sup> Mit der *Restorative Justice* können wir  
330 kontinuierlich gerichtliche Verfahren ersetzen, bis die Überwindung des  
331 aktuellen Justizsystems komplett gelungen ist.

332 Eigentlich sind die zentralen Elemente von *Restorative Justice*, nämlich das  
333 gemeinsame Suchen nach Lösungen und Wiedergutmachen, die Art, wie wir als  
334 Gesellschaft ausserhalb von Gerichten und Prozessen zwischenmenschliche Probleme  
335 lösen. Unsere Vision lässt sich deshalb auch kurz zusammenfassen: Wir wollen hin  
336 zu einer Gesellschaft, die ohne Unterdrückung und Ausbeutung funktioniert und  
337 die das Vertrauen in die Menschen ins Zentrum des gesellschaftlichen  
338 Zusammenlebens stellt. Dafür lohnt es sich zu kämpfen.

## 339 **Bibliographie**

340 <sup>[1]</sup> das fordern wir auch in unserem Positionspapier "Manifest für freie Menschen  
341 in einer freien Welt", online unter:  
342 [https://juso.ch/de/positionspapiere/manifest-fur-freie-menschen-einer-freien-](https://juso.ch/de/positionspapiere/manifest-fur-freie-menschen-einer-freien-welt/)  
343 [welt/](https://juso.ch/de/positionspapiere/manifest-fur-freie-menschen-einer-freien-welt/)

344 <sup>[2]</sup> Gramsci, Antonio: Gefängnisheft, Band 7. Hrsg. von Bochmann, Klaus [et al.],  
345 Hamburg 1991-2002.

346 <sup>[3]</sup> ebenda

347 <sup>[4]</sup> Nagel, Lara-Alexa: Die Väter aller Probleme. Zur Maskulinisierung von Staat  
348 und Gesellschaft, in: Forum Recht (01/19): Rechtsphilosophie. Allgemeine  
349 Geschäftsbedingungen, S. 25/26. Frankfurt am Main 2019, S. 25.

350 <sup>[5]</sup> Gerhard, Hans (2004) : Rückfalluntersuchungen nach Restorative  
351 Justice Programmen: ein kritischer Überblick, CSLE Discussion Paper, No. 2004-10,  
352 Universität des Saarlandes, Center for the Study of Law and Economics (CSLE),  
353 Saarbrücken. [[https://www.econstor.eu/bitstream/10419/23070/1/2004-](https://www.econstor.eu/bitstream/10419/23070/1/2004-10_rueckfall.pdf)  
354 [10\\_rueckfall.pdf](https://www.econstor.eu/bitstream/10419/23070/1/2004-10_rueckfall.pdf)], Zugriff am 7.1.2023.

355 <sup>[6]</sup> Kommentare sind in der juristischen Forschung Ausführungen zu jedem

356 einzelnen Artikeln in den wichtigsten Gesetzen.

357 <sup>[7]</sup> Racial Profiling bezeichnet alle Polizeimassnahmen, die dazu führen, dass  
358 Personengruppen willkürlich oder unverhältnismässig behandelt werden, weil sie  
359 ethnisch-kulturell, religiös oder aufgrund ihrer Herkunft oder Hautfarbe als  
360 «fremd» wahrgenommen werden oder als nicht gleichberechtigt gelten.  
361 ([https://www.stop-racial-  
362 profiling.ch/#:~:text=Racial%20Profiling%20bezeichnet%20alle%20Polizeimassnahmen  
363 \\_  
\\_oder%20als%20nicht%20gleichberechtigt%20gelten.](https://www.stop-racial-profiling.ch/#:~:text=Racial%20Profiling%20bezeichnet%20alle%20Polizeimassnahmen%20als%20nicht%20gleichberechtigt%20gelten.))

364 <sup>[8]</sup> gfs.bern: Sexuelle Belästigung und sexuelle Gewalt an Frauen sind in der  
365 Schweiz verbreitet

366 [<https://cockpit.gfsbern.ch/de/cockpit/sexuelle-gewalt-in-der-schweiz/>], Zugriff  
367 am 07.01.2024

368 <sup>[9]</sup> Bundesamt für Statistik (bfs): Erhebung über die Einkommen und  
369 Lebensbedingungen SILC, Vertrauen in Institutionen, 2021, Bern 2023.

370 <sup>[10]</sup> Schöni, Basil: Die Polizei ist eine Art Fremdkörper in der Demokratie, in:  
371 Republik (30.08.2022), [[https://www.republik.ch/2022/08/30/die-polizei-ist-eine-  
372 art-fremdkoerper-in-der-demokratie](https://www.republik.ch/2022/08/30/die-polizei-ist-eine-art-fremdkoerper-in-der-demokratie)], Zugriff am 07.01.2024.

373 <sup>[11]</sup> humanrights.ch: Was ist die Polizei? (27.10.2023),  
374 [[https://www.humanrights.ch/de/ipf/menschenrechte/polizei/dossier-  
375 polizei/begriffsdefinition-polizei/](https://www.humanrights.ch/de/ipf/menschenrechte/polizei/dossier-polizei/begriffsdefinition-polizei/)], Zugriff am: 07.01.2024.

376 <sup>[12]</sup> Gamp, Roland: Die meisten Beamten kommen ohne Strafe davon, in:  
377 Sonntagszeitung (01.06.2018),  
378 [  
379 [https://www.humanrights.ch/cms/upload/pdf/2018/180710\\_Die\\_meisten\\_Beamten\\_komme-  
n\\_ohne\\_Strafe\\_davon.pdf](https://www.humanrights.ch/cms/upload/pdf/2018/180710_Die_meisten_Beamten_kommen_ohne_Strafe_davon.pdf)], Zugriff am 07.01.2024, S. 6.

380 <sup>[13]</sup> Ebnöther, Christoph: Polizei, in: Historisches Lexikon der Schweiz  
381 (28.09.2010), [[https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/009638/2010-09-  
382 28/#HDieABgutePoliceyBBimAncienRE9gime](https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/009638/2010-09-28/#HDieABgutePoliceyBBimAncienRE9gime)], Zugriff am: 07.01.2024.

383 <sup>[14]</sup> JUSO Schweiz: Rassismus erkennen und bekämpfen. In der Gesellschaft und der  
384 Linken, Positionspapier Rassismus (JV 19.02.23), Bern 2023.

385 <sup>[15]</sup> JUSO Schweiz: No Borders, No Nations, Positionspapier Migration (JV 2017),  
386 Bern 2017.

387 <sup>[16]</sup> Van Ness, Daniel W.: An Overview of Restorative Justice around the World,  
388 Workshop 2, Eleventh United Nations Congress on Crime Prevention and Criminal  
389 Justice, Bangkok 2005.

390 <sup>[17]</sup> Pelikan, Christa: Was ist Restorative Justice? In: Sustainable Austria (Nr.  
391 51): Muss Strafe sein?, Wien 2010.

392 <sup>[18]</sup> Europarat: On Mediation in Penal Matters. Empfehlung No. R 99 (angenommen  
393 vom Ministerkomitee des Europarates am 15.09.1999), Strasbourg 2000.

# Positionspapier

**Initiator\*innen:** Geschäftsleitung JUSO Schweiz / Comité directeur de la JS Suisse / Comitato direttivo della GISO Svizzera (beschlossen am: 03.01.2024)

**Titel:** Di giusto e sbagliato: tesi sul sistema giudiziario

## Antragstext

1 Le nostre vite e la nostra quotidianità sono caratterizzate dall'ingiustizia.  
2 Viviamo in un sistema capitalista, razzista, sessista, ostile alle persone  
3 queer, abilista e generalmente misantropo. Indipendentemente dalla posizione  
4 nello spettro politico o dall'interesse per la politica, idealmente nessun\*  
5 vuole che l'ingiustizia prevalga. Come individu\* e come società nel suo  
6 complesso, abbiamo bisogno di sicurezza. Vogliamo essere protett\* dagli abusi e  
7 dalle ingiustizie, che i danni vengano riparati e che sia fatta giustizia.  
8 Questo bisogno di sicurezza e di giustizia è un'aspettativa che abbiamo nei  
9 confronti del nostro sistema giudiziario. Il sistema giudiziario e le sue  
10 istituzioni sono visti come organismi neutrali che dovrebbero darci la giustizia  
11 che desideriamo quando i nostri diritti vengono violati. Ma contrariamente a  
12 queste aspettative, il sistema giudiziario non ci offre alcuna protezione contro  
13 le ingiustizie. Le ingiustizie nella nostra società, ovunque abbiano origine,  
14 sono spesso rafforzate dal sistema giudiziario, e siamo sistematicamente espost\*  
15 all'ingiustizia nel sistema giudiziario, nei tribunali, nella polizia, nelle  
16 autorità e così via. Le aspettative e la realtà sono quindi molto distanti. Nel  
17 cammino verso un mondo più equo, è quindi necessario analizzare più da vicino  
18 l'attuale sistema giudiziario.

19 Questa presa di posizione si concentra quindi sul sistema giudiziario,  
20 probabilmente l'elemento più importante dello Stato repressivo. Quando ci  
21 riferiamo al sistema giudiziario in questo documento, intendiamo tutti i  
22 processi, le istituzioni e gli uffici che servono a creare, applicare e  
23 interpretare le leggi e i diritti, compresi i tribunali e le forze dell'ordine,

24 nonché le regole in base alle quali queste istituzioni operano e in base alle  
25 quali le persone cercano di "ottenere giustizia".

26 In un sistema capitalista, il sistema giudiziario ha essenzialmente due funzioni  
27 per lo Stato borghese: da un lato, serve a mantenere e proteggere i rapporti di  
28 proprietà esistenti e a disciplinare tutt\* coloro che non rispettano le regole  
29 progettate per proteggerli. Dall'altro lato, il sistema giudiziario ha lo scopo  
30 di reagire ai conflitti nella società e di organizzare la convivenza. In questo  
31 articolo, vogliamo mostrare come il nostro attuale sistema giudiziario  
32 contribuisca all'ingiustizia e alla perpetuazione di sistemi oppressivi.  
33 L'interpretazione e l'applicazione della legge da parte delle autorità  
34 giudiziarie, come i tribunali, svolgono un ruolo chiave nel plasmare l'ordine  
35 sociale e le gerarchie. La nostra analisi conclude che il sistema giudiziario  
36 nella sua forma attuale non può essere riformato se vogliamo ottenere una  
37 società giusta e libera.

38 L'obiettivo di noi socialist\* è superare il capitalismo e tutti i sistemi di  
39 dominazione e oppressione. Crediamo che tutte le persone meritino di vivere in  
40 modo dignitoso, libere dallo sfruttamento, dal paternalismo e  
41 dall'oppressione.<sup>iii</sup> Vogliamo ristrutturare in modo fondamentale e sostenibile  
42 la nostra società e riorganizzare il modo in cui viviamo insieme. Tuttavia, i  
43 conflitti - strutturali o interpersonali - continueranno ad esistere anche in  
44 futuro e metteranno alla prova un nuovo ordine. Per creare una vera giustizia,  
45 in futuro avremo bisogno di meccanismi di risoluzione dei conflitti che diano  
46 priorità alla libertà e alla giustizia per tutte le parti della società e non  
47 mirino a garantire i privilegi e il potere di poche persone.

48 Abbiamo quindi bisogno di una forma di risoluzione dei conflitti alternativa a  
49 quella fornita dal sistema giudiziario civile. Gli approcci a questo scopo si  
50 trovano nell' idea di *giustizia riparativa* (anche detta giustizia rigenerativa),  
51 che pone al centro della risoluzione dei conflitti la ricerca della riparazione  
52 da parte di tutte le parti coinvolte.

53 Il sistema giudiziario nella sua forma attuale viene analizzato sulla base delle  
54 seguenti tesi, che mostrano come il sistema giudiziario protegga l'ordine  
55 esistente e, in particolare, i rapporti di proprietà, come sia erroneamente  
56 orientato alla punizione e come l'interpretazione della legge non funzioni  
57 democraticamente. Inoltre, si dimostra che l'accesso alla giustizia non è e non  
58 potrà mai essere uguale per tutt\*, che la discriminazione esistente è rafforzata  
59 dal sistema giudiziario e che la polizia non lavori in favore del 99%.

## 60 **1. Il sistema giudiziario sostiene l'ordine**

61

## **sociale esistente**

62 Il sistema giudiziario gode di un alto grado di legittimità all'interno della  
63 nostra società. Da un lato, questa legittimazione deriva dalla struttura stessa,  
64 ma è dovuta principalmente all'egemonia prevalente. Lo Stato borghese serve  
65 principalmente alla classe dirigente per mantenere e/o stabilire le strutture di  
66 potere. Nel capitalismo, questo significa far rispettare gli interessi del  
67 capitale. Secondo il concetto di "Stato integrale" di Antonio Gramsci, gli  
68 elementi di coercizione e consenso assicurano che la classe oppressa non metta  
69 seriamente in discussione queste strutture e di conseguenza non voglia  
70 superarle.<sup>[2]</sup> Il consenso all'interno di una società, ossia l'opinione pubblica,  
71 è plasmato da un'ampia varietà di istituzioni come le scuole, i media e gli/le  
72 scienziat\*. Il compito di queste istituzioni è quello di legittimare gli  
73 interessi di chi è al potere. Allo stesso tempo, però, anche i testi giuridici  
74 contribuiscono a plasmare egemonia: ciò che viene stabilito nella legge è quindi  
75 automaticamente legittimato socialmente nella maggior parte dei casi.<sup>[3]</sup>

76 Lo Stato borghese in senso stretto ha quindi a disposizione diversi mezzi con i  
77 quali può applicare politiche favorevoli al capitale in modo relativamente  
78 autonomo. Se queste vengono messe in discussione da settori rilevanti della  
79 società civile o se vengono intraprese azioni contro di esse, lo Stato sovrano  
80 può impiegare "apparati repressivi" per ripristinare e garantire l'ordine, ossia  
81 il sistema giudiziario e le sue estensioni sotto forma di polizia ed esercito.  
82 Chi è vittima della repressione statale cambia nel tempo. È importante capire  
83 che l'ingiustizia non risiede nelle singole norme o leggi in sé, ma nel  
84 significato e nello scopo dello Stato borghese: la conservazione e  
85 l'applicazione delle strutture di potere capitaliste. Il superamento del  
86 capitalismo va quindi di pari passo con il superamento dello Stato borghese.<sup>[4]</sup>

## **2. Il sistema giudiziario difende primariamente i rapporti di proprietà**

89 Il sistema giuridico come lo conosciamo oggi, con tutte le sue istituzioni,  
90 uffici e leggi, è relativamente nuovo, ma non è un'invenzione del capitalismo.  
91 Al contrario, il sistema giuridico ha effettivamente contribuito allo sviluppo  
92 del capitalismo e dello Stato borghese e ne ha fornito una base importante. Nel  
93 corso del tempo, diverse istituzioni si sono evolute, in particolare a causa del  
94 cambiamento dei modi di produzione e delle esigenze della classe dirigente. Un  
95 esempio è la privatizzazione dei beni comuni, che ha avuto luogo nel XVIII  
96 secolo e ha avuto un impatto importante sulla produzione. Questi cambiamenti nel  
97 sistema legale hanno avuto conseguenze di vasta portata e illustrano l'influenza  
98 dei sistemi legali sullo sviluppo delle relazioni di classe.

99 Le relazioni di classe sono sempre state caratterizzate e influenzate dai  
100 sistemi legali. La regolamentazione e la protezione della proprietà come la  
101 conosciamo oggi esistevano già nell'Impero Romano. Nel corso dei secoli, i  
102 sistemi legali sono stati adattati e modificati per servire l'ordine dominante.  
103 Lo Stato borghese moderno e il suo sistema giuridico, come lo conosciamo dal XIX  
104 secolo, hanno quindi origine nell'intera storia dell'oppressione. Dove le  
105 relazioni di classe devono essere mantenute, vengono creati sistemi di giustizia  
106 oppressivi. Attraverso una moltitudine di leggi, uffici, tribunali, eccetera, le  
107 persone sono costrette ad esistere in un contesto favorevole al capitale.  
108 Affinché le strutture di potere possano sopravvivere, devono essere legittimate  
109 da un lato e applicate dall'altro. Gli uffici di recupero crediti, le prigioni e  
110 le leggi fiscali sono tutti mezzi per raggiungere questo obiettivo. Tutt\* coloro  
111 che non sono dispost\* o non sono in grado di rispettare le regole del capitale o  
112 che si ribellano ad esse si trovano di fronte alla repressione dello Stato. Il  
113 sistema legale fornisce allo Stato borghese i mezzi per mantenere l'ordine  
114 prevalente.

### 115 **3. Un sistema giudiziario orientato alla** 116 **punizione non porta a una maggiore giustizia.**

117 Oltre a proteggere i rapporti di proprietà, il sistema giudiziario esiste anche  
118 per risolvere i conflitti sociali. Il sistema giudiziario (penale) di oggi è  
119 essenzialmente un sistema di giustizia retributiva. Quando viene commessa  
120 un'ingiustizia, l'obiettivo è punire la persona colpevole e quindi compensare un  
121 male con un altro male. Da un lato, questo ha lo scopo di disciplinare le  
122 persone colpevoli (e potenziali imitatori/trici\*) e, dall'altro, di soddisfare  
123 il bisogno di giustizia attraverso la punizione. Questo principio è sbagliato  
124 sotto diversi aspetti. Tutt\* gli autori di reati sono figli\* della loro società.  
125 Le circostanze sociali aumentano o riducono il rischio di reati.  
126 Individualizzare il problema con punizioni individuali porta a un vicolo cieco.  
127 Questo si riflette anche nelle cifre: metodi diversi dalla sola punizione sono  
128 più promettenti per ridurre la recidiva e i reati ripetuti.<sup>151</sup>

129 Inoltre, la logica della punizione priva sia le parti lese o le vittime che gli  
130 autori del reato dell'opportunità di partecipare alla risoluzione del conflitto.  
131 Un sistema incentrato sulla punizione che funziona secondo il principio "lontano  
132 dagli occhi, lontano dal cuore" e la logica del "fare penitenza" non potrà mai  
133 soddisfare i requisiti di una società giusta. Invece, la risoluzione dei  
134 conflitti sociali deve essere orientata a riparare i torti e a garantire che gli  
135 errori del passato portino a un processo di apprendimento e a un miglioramento  
136 nel futuro.

137  
138

## **4. L'interpretazione della legge è antidemocratica**

139 Ogni legge deve essere applicata e i tribunali hanno un ampio margine di  
140 manovra. L'applicazione della legge è quindi in gran parte sottratta al  
141 controllo democratico diretto. Sebbene i/e\* giudic\* siano eletti dai parlamenti  
142 (in alcuni cantoni dall'elettorato) e quindi abbiano una legittimazione  
143 democratica, il popolo in generale ha poco controllo o conoscenza delle loro  
144 attività.

145 Le udienze del tribunale sono pubbliche nella maggior parte dei casi, e questo  
146 principio è persino sancito dai nostri diritti fondamentali. Lo scopo di questa  
147 pubblicità è quello di consentire al pubblico di controllare l'amministrazione  
148 della giustizia. Questo presunto controllo non funziona per vari motivi: da un  
149 lato, pochissime persone sono in grado di prendersi il tempo di partecipare a  
150 un'udienza in tribunale, per non parlare della comprensione della procedura  
151 relativamente complicata. Dall'altro lato, l'udienza manca spesso di motivazioni  
152 dettagliate della sentenza, che sarebbero in realtà importanti per monitorare  
153 efficacemente un tribunale o, in certi casi, per criticarlo. Alcune sentenze, in  
154 particolare quelle del Tribunale federale, vengono pubblicate. La reazione del  
155 pubblico alle motivazioni delle decisioni, in particolare in relazione alla  
156 violenza sessualizzata, dimostra quanto siano importanti queste motivazioni per  
157 criticare un tribunale, chiedere miglioramenti e identificare problemi sistemici  
158 nell'amministrazione della giustizia.

159 I/le giudic\* non basano le loro decisioni solo sulla loro opinione personale o  
160 sulle sentenze passate del tribunale. Nelle motivazioni delle decisioni dei  
161 tribunali, si può notare che i cosiddetti "commentari"<sup>[6]</sup> sono spesso consultati  
162 per giustificare e argomentare. Sebbene queste spiegazioni e informazioni  
163 svolgano un ruolo molto importante nell'attuazione delle leggi, sono accessibili  
164 solo a poch\* e sono scritte da una ristretta cerchia di autori/trici\*. Di  
165 conseguenza, un piccolo numero di accademic\* del diritto ha un'enorme influenza  
166 sulla giurisprudenza e sull'applicazione delle leggi, senza che siano  
167 legittimat\* democraticamente in alcun modo e con poca trasparenza sulle modalità  
168 di creazione di questi commenti.

169  
170

## **5. Non c'è giustizia per tutt\* in un sistema capitalista**

171 Anche se la Costituzione dovrebbe garantire l'accesso alla giustizia, la realtà  
172 è diversa. Un sintomo di questa disparità di accesso sono gli ostacoli

173 finanziari. Ma il problema va oltre la questione finanziaria. Come si può  
174 garantire l'accesso alla giustizia in un sistema giudiziario complesso, con  
175 leggi difficili da capire e un'applicazione parzialmente non trasparente che  
176 richiede studio o ore di ricerca per essere compresa?

177 L'inaccessibilità della giustizia ha origine nella mancanza di conoscenza da  
178 parte della popolazione generale delle leggi e delle possibilità di  
179 rappresentare i propri interessi o di combattere un trattamento ingiusto.  
180 Tuttavia, la soluzione non può essere quella di educare meglio la popolazione  
181 generale, anche se i servizi di istruzione o di consulenza a bassa soglia  
182 possono aiutare molte persone. I servizi educativi e di consulenza hanno anche i  
183 loro limiti in un sistema giudiziario complesso, poco trasparente e costoso.  
184 L'inaccessibilità della legge è un problema ampiamente riconosciuto, ma non può  
185 essere risolto con misure individuali. Per mantenere le condizioni prevalenti,  
186 il sistema legale deve essere inaccessibile. Se tutt\* potessero rivendicare i  
187 propri diritti, indipendentemente dall'area, gli interessi della classe  
188 dirigente sarebbero messi in discussione. Ciò può sembrare allettante, ma non è  
189 altro che un'idea non realizzabile. Dopo tutto, il sistema legale è  
190 fondamentalmente progettato per garantire che non tutt\* abbiano accesso alla  
191 giustizia e alla protezione.

## 192 **6. Il sistema giudiziario rafforza l'oppressione** 193 **esistente**

194 Il nostro mondo è caratterizzato da sistemi di oppressione come il patriarcato,  
195 il razzismo, il colonialismo e l'abilismo. Questa oppressione si manifesta anche  
196 nel sistema giudiziario e ne viene rafforzata. Le istituzioni della legge  
197 perpetuano le disuguaglianze esistenti sotto forma di testi e pratiche legali.  
198 Di conseguenza, i gruppi oppressi ed emarginati vengono criminalizzati in misura  
199 maggiore. Ad esempio, la polizia e le autorità giudiziarie svizzere trattano in  
200 modo sproporzionato i reati che criminalizzano lo status di residenza delle  
201 persone migranti. Inoltre, i reati non legati alla migrazione spesso comportano  
202 pene più severe per le persone senza passaporto svizzero (ad esempio,  
203 l'espulsione dal Paese). La profilazione razziale<sup>171</sup> a sua volta, come  
204 conseguenza del razzismo all'interno della società e del sistema giudiziario, ha  
205 come effetto che le persone razzializzate siano criminalizzate in modo  
206 sproporzionato.

207 L'oppressione patriarcale si riflette fortemente anche nel sistema giudiziario.  
208 Ad esempio, solo l'8% di tutte le aggressioni sessuali viene denunciato a causa  
209 delle scarse possibilità di successo nella denuncia di reati sessuali.<sup>181</sup> Le  
210 persone con disabilità a volte non hanno gli stessi diritti del resto della

211 popolazione attraverso il sistema di tutela, le persone che vivono in povertà  
212 sono messe in sospetto generale quando ricevono servizi di supporto e sono  
213 minacciate di una pena detentiva per reati minori. L'elenco potrebbe continuare  
214 a lungo. Ovviamente, non tutt\* sono uguali davanti alla legge. Questa incapacità  
215 o mancanza di volontà da parte del sistema giudiziario di creare giustizia fa sì  
216 che, ancora una volta, le persone già colpite da discriminazione ed  
217 emarginazione soffrano.

## 218 **7. La polizia non protegge noi, ma gli interessi** 219 **del capitale**

220 Quasi il 70% della popolazione svizzera ha un alto livello di fiducia  
221 nell'istituzione della polizia.<sup>[191]</sup> Questo dato può sorprendere, perché la  
222 polizia non è in realtà in linea con la nostra concezione di democrazia. Invece  
223 di preservare le libertà o di proteggere dalla violenza, la polizia fa il  
224 contrario: riproduce l'ingiustizia e l'oppressione e limita la libertà.<sup>[181]</sup> La  
225 polizia è responsabile di far rispettare la legge e l'ordine per il monopolio  
226 dello Stato sull'uso della forza, per il quale possono essere utilizzate anche  
227 la violenza e i mezzi coercitivi. Questo comporta chiare ambivalenze: Ad  
228 esempio, la polizia ha il compito di proteggere i diritti umani, ma li viola  
229 regolarmente.<sup>[111]</sup> Quando la polizia agisce in modo illegale, raramente viene  
230 punita in modo appropriato; i meccanismi di controllo necessari, ad esempio  
231 uffici di difensori civili indipendenti e/o una chiara regolamentazione dei  
232 reati penali, sono quasi del tutto assenti in Svizzera.<sup>[121]</sup> Gettando uno sguardo  
233 al sistema che sta dietro alla polizia, diventa chiaro che la sua priorità non  
234 può essere la libertà e la protezione della popolazione. In Svizzera, le origini  
235 della polizia risalgono ai cosiddetti Landjäger, che erano responsabili  
236 dell'espulsione di viaggiatori/trici\* e delle persone povere, al più tardi a  
237 partire dal XVII secolo.<sup>[131]</sup> La polizia non è mai stata presente per proteggere  
238 le persone, né lo è oggi.

239 Nell'attuale sistema capitalista, la polizia protegge i mezzi di produzione  
240 della classe dominante per conto dello Stato borghese e salvaguarda le relazioni  
241 di potere esistenti. Tutt\* coloro che mettono pubblicamente in discussione  
242 queste relazioni corrono il rischio di essere sottoposti alla repressione della  
243 polizia. Questo intimidisce e ammonisce le persone critiche e chiunque non  
244 voglia o non possa agire secondo le regole del gioco capitaliste in questo  
245 sistema.

## 246 **8. L'attuale sistema giudiziario non può essere** 247 **riformato**

248 La nostra analisi dimostra che il sistema giudiziario è orientato agli interessi  
249 della classe dirigente, a scapito del 99% e dei gruppi emarginati in  
250 particolare. I tentativi di riforma di questo sistema sono destinati a fallire,  
251 in quanto lo scopo funzionale rimarrebbe lo stesso. Finché esistono i mezzi e le  
252 strutture per mantenere il potere e l'oppressione, non si può costruire una  
253 società giusta. Se si vuole superare il capitalismo, è necessario superare lo  
254 Stato borghese e le sue istituzioni e strumenti. Questo include anche il sistema  
255 giudiziario.

## 256 **La nostra visione: creare collettivamente la giustizia**

257 Tutte le persone meritano di vivere in modo dignitoso, e questo include una  
258 giustizia equa. Giustizia se si è subito un torto, ma anche diritto alla  
259 riparazione se si è commessa un'ingiustizia. La nostra visione di una società  
260 socialista può e deve includere strutture adeguate per questo, ossia  
261 un'alternativa all'attuale sistema giudiziario. Siamo consapevoli che, anche  
262 dopo una svolta socialista, non tutta la violenza e l'oppressione saranno  
263 eliminate immediatamente. In particolare, non sarà possibile superare da un  
264 giorno all'altro i sistemi di oppressione che consentono alcune forme di  
265 violenza, come il razzismo, il patriarcato o l'abilismo. Tuttavia, questi  
266 sistemi non potranno mai essere superati con l'attuale sistema giudiziario, ed è  
267 per questo che abbiamo bisogno di un'alternativa trasformativa a lungo termine,  
268 oltre alle misure a breve termine.

## 269 **Cosa si può fare oggi e domani**

270 L'ingiustizia odierna può e deve essere minimizzata anche prima della svolta  
271 socialista. Ogni giorno, le persone rifugiate sono costrette alla detenzione in  
272 condizioni disumane o all'espulsione, molti casi giudiziari sono ingiustamente  
273 persi, le vittime di violenza sessuale sono traumatizzate, le persone sono  
274 costrette alla povertà. In breve: oggi, il sistema giudiziario aggrava  
275 l'ingiustizia e spesso costa vite umane.

276 Questa sofferenza deve essere arginata nel modo più rapido ed efficiente  
277 possibile. Nel breve termine, l'accesso alla giustizia deve essere migliorato e  
278 semplificato per tutte le persone. I gruppi emarginati devono essere protetti e  
279 i loro diritti rafforzati. A tal fine, si deve anche porre fine alla  
280 criminalizzazione di gruppi, come ad esempio le persone razzializzate e quelle  
281 senza passaporto svizzero. Gli stessi diritti devono valere per tutte le persone  
282 e il regime di asilo deve essere spezzato di conseguenza, come indicato nella  
283 nostra presa di posizione sul razzismo<sup>[14]</sup>, in quella sulla migrazione<sup>[15]</sup> e in  
284 diverse risoluzioni sul tema. Il profiling razziale e la discriminazione  
285

286 quotidiana devono essere combattuti, perché uguaglianza dei diritti non  
287 significa uguale interpretazione della legge e certamente non giustizia.  
288 Inoltre, è urgente cambiare la base giuridica in molti settori, perché se la  
289 legge stessa è concepita in modo discriminatorio, non c'è alcuna possibilità di  
290 ottenere giustizia fin dall'inizio. Anche l'interpretazione della legge deve  
291 essere cambiata il prima possibile. I tribunali, l'istituzione più importante  
292 per l'interpretazione della legge, devono essere sottoposti a un maggiore  
293 controllo democratico. Le istituzioni dell'azione penale, in particolare le  
294 procure, devono essere liberate dai vincoli dell'efficienza. Non deve essere  
295 permesso solo a coloro che sono cert\* di ricevere indagini adeguate e che hanno  
296 un esercito di avvocat\* per presentare ricorsi. Sono necessari anche mezzi per  
297 proteggere le persone nel loro rapporto legale con i/le\* grandi proprietari\* e  
298 le grandi aziende. Le persone (giuridiche o fisiche) che dispongono di grandi  
299 risorse finanziarie dovrebbero anche sostenere un onere finanziario maggiore  
nelle cause legali, indipendentemente dall'esito.

## 300 **Il lungo cammino verso la giustizia**

301 Con il superamento del capitalismo, cadrà l'elemento centrale dell'attuale  
302 sistema giudiziario: il mantenimento del dominio della classe capitalista e la  
303 protezione e conservazione dei suoi mezzi di produzione. L'eliminazione di tutte  
304 le strutture oppressive all'interno della società elimina anche le basi di molti  
305 conflitti e ha un impatto sul sistema giudiziario. La trasformazione  
306 fondamentale della nostra società deve essere accompagnata da una nuova  
307 concezione di sicurezza, ordine e convivenza.

308 Tuttavia, probabilmente non potremo mai bandire completamente il conflitto e la  
309 violenza da una società, ed è per questo che abbiamo bisogno di una nuova  
310 pratica collettiva per la creazione di una vera giustizia, lontana dalla  
311 punizione e dal castigo. Un approccio a questo proposito è il concetto di  
312 *giustizia riparativa*, un approccio alla risoluzione dei conflitti che si  
313 concentra sulla riparazione piuttosto che sulla punizione. Le origini di questa  
314 pratica risalgono ai gruppi indigeni della Nuova Zelanda e del Nord America, tra  
315 gli altri, e negli ultimi 30 anni ha conosciuto una crescita globale.<sup>[161]</sup>

316 Con la *giustizia riparativa*, possiamo sostituire gradualmente i procedimenti  
317 giudiziari nel medio termine. I sistemi giuridici di Paesi come l'Austria e la  
318 Germania includono già approcci di giustizia riparativa sotto forma di  
319 "compensazione del reato"/"mediazione vittima-carnefice".<sup>[171]</sup> Anche la GISO  
320 Svizzera lavora secondo tali approcci quando si occupa di violenza  
321 sessualizzata. Nelle procedure di giustizia riparativa, le vittime, chi compie  
322 il reato e/o altri membr\* della comunità che sono stati colpiti dall'incidente  
323 lavorano insieme per trovare soluzioni e strategie per affrontare le conseguenze

324 del reato. Il processo può anche essere accompagnato da una terza parte  
325 imparziale. Durante il procedimento, la violenza e l'ingiustizia vengono  
326 analizzate anche a livello comunitario e si cercano soluzioni adeguate.<sup>[18]</sup> Con  
327 la *giustizia riparativa*, possiamo sostituire continuamente i procedimenti  
328 giudiziari fino al completo superamento dell'attuale sistema giudiziario.

329 Gli elementi centrali della *giustizia riparativa*, ossia la ricerca congiunta di  
330 soluzioni e il fare ammenda, sono in realtà il modo in cui noi come società  
331 risolviamo i problemi interpersonali al di fuori dei tribunali e dei processi.  
332 La nostra visione può quindi essere riassunta brevemente: vogliamo andare verso  
333 una società che funzioni senza oppressione e sfruttamento e che metta la fiducia  
334 nelle persone al centro della convivenza sociale. Vale la pena lottare per  
335 questo.

## 336 **Bibliografia**

337 <sup>[1]</sup> Lo chiediamo anche nella nostra presa di posizione "Manifesto per persone  
338 libere in un mondo libero", online a: [https://juso.ch/it/posizioni/manifesto-](https://juso.ch/it/posizioni/manifesto-persone-libere-un-mondo-libero/)  
339 [persone-libere-un-mondo-libero/](https://juso.ch/it/posizioni/manifesto-persone-libere-un-mondo-libero/)

340 <sup>[2]</sup> Gramsci, Antonio: Gefängnisheft, vol. 7, a cura di Bochmann, Klaus [et al.],  
341 Amburgo 1991-2002.

342 <sup>[3]</sup> *ibidem*.

343 <sup>[4]</sup> Nagel, Lara-Alexa: Die Väter aller Probleme. Zur Maskulinisierung von Staat  
344 und Gesellschaft, in: Forum Recht (01/19): Rechtsphilosophie. Allgemeine  
345 Geschäftsbedingungen, Pp. 25-26. Francoforte sul Meno, 2019.

346 <sup>[5]</sup> Gerhard, Hans (2004): Rückfalluntersuchungen nach Restorative Justice  
347 Programmen: ein kritischer Überblick, CSLE Discussion Paper, No. 2004-10,  
348 Universität des Saarlandes, Center for the Study of Law and Economics (CSLE),  
349 Saarbrücken. [[https://www.econstor.eu/bitstream/10419/23070/1/2004-](https://www.econstor.eu/bitstream/10419/23070/1/2004-10_rueckfall.pdf)  
350 [10\\_rueckfall.pdf](https://www.econstor.eu/bitstream/10419/23070/1/2004-10_rueckfall.pdf)], Verificato il 7.1.2023.

351 <sup>[6]</sup> Nella ricerca giuridica, i commentari sono spiegazioni di ogni singolo  
352 articolo delle leggi più importanti.

353 <sup>[7]</sup> Con "profilazione razziale" si intendono tutte le misure di polizia che  
354 fanno sì che gruppi di persone vengano trattati in modo arbitrario o  
355 sproporzionato perché percepiti come "straniere" o non considerate uguali a

356 causa della loro etnia, cultura, religione o origine o del colore della pelle.  
357 (<https://www.stop-racial-profiling.ch/>).

358 <sup>[8]</sup> gfs.bern: Sexuelle Belästigung und sexuelle Gewalt an Frauen sind in der  
359 Schweiz verbreitet

360 [<https://cockpit.gfsbern.ch/de/cockpit/sexuelle-gewalt-in-der-schweiz/>]  
361 verificato il 07/01/2024

362 <sup>[9]</sup> Ufficio federale di statistica (FFS): Indagine sul reddito e sulle  
363 condizioni di vita SILC, Fiducia nelle istituzioni, 2021, Berna 2023.

364 <sup>[10]</sup> Schöni, Basil: Die Polizei ist eine Art Fremdkörper in der Demokratie, in:  
365 Republik (30.08.2022), [[https://www.republik.ch/2022/08/30/die-polizei-ist-eine-  
366 art-fremdkoerper-in-der-demokratie](https://www.republik.ch/2022/08/30/die-polizei-ist-eine-art-fremdkoerper-in-der-demokratie)], verificato il 07.01.2024.

367 <sup>[11]</sup> humanrights.ch: Was ist die Polizei? (27.10.2023),  
368 [[https://www.humanrights.ch/de/ipf/menschenrechte/polizei/dossier-  
369 polizei/begriffsdefinition-polizei/](https://www.humanrights.ch/de/ipf/menschenrechte/polizei/dossier-polizei/begriffsdefinition-polizei/)], verificato il: 07.01.2024.

370 <sup>[12]</sup> Gamp, Roland: Die meisten Beamten kommen ohne Strafe davon, in:  
371 Sonntagszeitung (01.06.2018),  
372 [  
373 [https://www.humanrights.ch/cms/upload/pdf/2018/180710\\_Die\\_meisten\\_Beamten\\_komme-  
n\\_ohne\\_Strafe\\_davon.pdf](https://www.humanrights.ch/cms/upload/pdf/2018/180710_Die_meisten_Beamten_kommen_ohne_Strafe_davon.pdf)], verificato il 07.01.2024, pag. 6.

374 <sup>[13]</sup> Ebnöther, Christoph: Polizia, in: Dizionario storico della Svizzera  
375 (28.09.2010), [<https://hls-dhs-dss.ch/it/articles/009638/2010-09-28/>],  
376 verificato il: 07.01.2024.

377 <sup>[14]</sup> GISO Svizzera: Riconoscere e combattere il razzismo. Nella società e nella  
378 sinistra, presa di posizione sul razzismo (AA 19.02.23), Berna 2023.

379 <sup>[15]</sup> GISO Svizzera: No Borders, No Nations, Presa di posizione sulla migrazione  
380 (AA 2017), Berna 2017.

381 <sup>[16]</sup> Van Ness, Daniel W.: An Overview of Restorative Justice around the World,  
382 Workshop 2, Eleventh United Nations Congress on Crime Prevention and Criminal  
383 Justice, Bangkok 2005.

384 <sup>[17]</sup> Pelikan, Christa: Was ist Restorative Justice? In: Sustainable Austria (Nr.

385 51): Muss Strafe sein?, Wien 2010.

386 <sup>[18]</sup> Consiglio d'Europa: Sulla mediazione in materia penale. Raccomandazione N.  
387 99 (adottata dal Consiglio d'Europa il 15 settembre 1999), Strasburgo 2000.

# Positionspapier

**Initiator\*innen:** Geschäftsleitung JUSO Schweiz / Comité directeur de la JS Suisse / Comitato direttivo della GISO Svizzera (beschlossen am: 03.01.2024)

**Titel:** De la justice et de l'injustice — Thèses sur le système judiciaire

## Antragstext

1 Notre vie et notre quotidien sont marqués par l'injustice. Nous vivons dans un  
2 système capitaliste, raciste, sexiste, queerphobe, validiste et hostile à l'être  
3 humain de manière générale. Indifféremment du placement sur l'échiquier  
4 politique ou de l'intérêt pour la politique, personne ne veut laisser  
5 l'injustice s'installer. En tant qu'individus et en tant que société, nous avons  
6 besoin de sécurité. Nous voulons être protégé·es contre les agressions et  
7 l'injustice, que les dommages soient réparés et que la justice soit rendue. Ce  
8 besoin de sécurité et de justice porte comme une attente sur notre système  
9 judiciaire. La justice et donc ses institutions sont perçues comme des instances  
10 neutres qui doivent nous rendre la justice tant attendue lorsque nous sommes  
11 lésé·es dans nos droits. Mais contrairement à ces attentes, le système  
12 judiciaire ne nous offre aucune protection contre l'injustice. Les injustices  
13 dans notre société, quelle que soit leur origine, sont même souvent renforcées  
14 par le système judiciaire, et c'est en son sein, devant les tribunaux, dans la  
15 police, dans les administrations, etc. que nous sommes systématiquement  
16 exposé·es à l'injustice. Il y a donc un écart considérable entre les attentes et  
17 la réalité en la matière. Une analyse plus approfondie du système judiciaire  
18 actuel s'impose donc pour pouvoir viser un monde plus juste.

19 C'est pourquoi ce papier de position s'intéresse au système judiciaire, sans  
20 doute l'institution majeure de l'État répressif. Par « système judiciaire »,  
21 nous faisons référence dans ce document à tous les processus, institutions et  
22 administrations qui servent à l'élaboration, à l'application et à

23 l'interprétation des lois et des droits, y compris les tribunaux et les  
24 autorités de poursuite pénale, ainsi qu'aux règles selon lesquelles ces  
25 institutions fonctionnent et selon lesquelles les personnes tentent d'« obtenir  
26 justice ».

27 Dans un système capitaliste, le système judiciaire a essentiellement deux  
28 fonctions pour l'État bourgeois : d'une part, il sert à maintenir et protéger  
29 les rapports de propriété existants et à réprimer toutes celles et ceux qui ne  
30 respectent pas les règles destinées à les protéger. D'autre part, le système  
31 judiciaire a pour but de réagir aux conflits au sein de la société et  
32 d'organiser la vie en communauté. Dans ce document, nous voulons montrer comment  
33 notre système judiciaire actuel contribue, de par son caractère systémique, à  
34 l'injustice et au maintien des structures d'oppression. L'interprétation et  
35 l'application du droit par les autorités judiciaires comme les tribunaux  
36 contribuent de manière significative à façonner l'ordre et les hiérarchies  
37 sociales. Nous en concluons que le système judiciaire ne peut pas être réformé  
38 dans sa forme actuelle si nous voulons parvenir à une société juste et libre.

39 Notre objectif en tant que socialistes est de sortir du capitalisme et de tous  
40 les systèmes de domination et d'oppression. Nous pensons que tous les êtres  
41 humains méritent de vivre dans la dignité sans être exploités, mis sous tutelle  
42 ou opprimés<sup>[1]</sup>. Nous voulons transformer radicalement et durablement notre  
43 société et réorganiser notre vie en commun. Les conflits, qu'ils soient  
44 structurels ou interpersonnels, continueront toutefois d'exister à l'avenir et  
45 mettront également le nouvel ordre à l'épreuve. Pour permettre l'existence d'une  
46 véritable justice, nous aurons besoin à l'avenir de mécanismes de résolution des  
47 conflits qui mettent l'accent sur la liberté et la justice pour toutes les  
48 parties de la société et qui ne visent pas à garantir les privilèges et le  
49 pouvoir de quelques-un·es.

50 Nous avons donc besoin d'un processus de résolution des conflits alternatif à  
51 celui prévu par le système judiciaire civil. On peut en trouver les prémices  
52 dans la *justice restaurative*, qui place la recherche de la réparation pour  
53 toutes les parties au centre de la résolution des conflits.

54 L'analyse du système judiciaire dans sa forme actuelle se fait sur la base de  
55 ces thèses, qui montrent comment le système judiciaire protège l'ordre existant  
56 et en particulier les rapports de propriété, comment il est focalisé à tort sur  
57 la vengeance et comment l'interprétation des lois ne fonctionne pas de manière  
58 démocratique. En outre, il est mis en lumière que l'accès à la justice n'est pas  
59 et ne pourra jamais être égal pour toutes et tous, que le système judiciaire  
60 renforce les discriminations existantes et que la police n'est pas au service  
61 des 99 %.

## 62 **1. Le système judiciaire soutient l'ordre établi**

63 Le système judiciaire jouit d'un haut degré de légitimité au sein de notre  
64 société. Cette légitimité provient en partie de la structure elle-même, mais est  
65 surtout due à l'ordre hégémonique. L'État bourgeois sert en premier lieu à la  
66 classe dominante à maintenir et/ou mettre en place des structures de pouvoir –  
67 c'est-à-dire, sous le capitalisme, à imposer comme règles les intérêts du  
68 capital. Selon le concept d'« État intégral » d'Antonio Gramsci, les éléments de  
69 contrainte et de consensus veillent à ce que la classe opprimée ne remette pas  
70 sérieusement en question ces structures et, par conséquent, ne veuille pas les  
71 dépasser<sup>[21]</sup>. Le consensus au sein d'une société, c'est-à-dire l'opinion  
72 publique, est façonné par les institutions les plus diverses comme (parmi  
73 d'autres) l'école, les médias ou la communauté scientifique. Ces institutions  
74 ont pour fonction de légitimer les intérêts de la classe dirigeante.  
75 Parallèlement, les textes de loi contribuent également à façonner la pensée  
76 hégémonique : Généralement, ce qui est inscrit dans la loi est automatiquement  
77 légitimé par la société<sup>[31]</sup>.

78 L'État bourgeois au sens strict dispose donc de différents moyens pour imposer  
79 de manière relativement autonome une politique favorable au capital. Si celles-  
80 ci devaient être remises en question par des parties importantes de la société  
81 civile ou si des actions étaient entreprises contre elles, l'État régalien est  
82 capable de mettre en place des « appareils répressifs » pour garantir et  
83 rétablir l'ordre, notamment le système judiciaire et sa main droite sous la  
84 forme de la police et de l'armée. La répression étatique peut frapper des  
85 victimes différentes au fil du temps. Il est important de comprendre que  
86 l'injustice ne réside pas dans des normes ou des lois particulières, mais dans  
87 le sens et le but de l'État bourgeois : le maintien et l'imposition des  
88 structures de pouvoir capitalistes. Le dépassement du capitalisme va donc de  
89 pair avec le dépassement de l'État bourgeois<sup>[41]</sup>.

## 90 **2. Le système judiciaire sert en premier lieu** 91 **les intérêts de la propriété**

92 Le système judiciaire tel que nous le connaissons aujourd'hui, avec toutes ses  
93 institutions, ses administrations et ses lois, est une construction très  
94 récente, mais il n'est pas une invention du capitalisme. Au contraire, le  
95 système judiciaire a même contribué à la construction du capitalisme et de  
96 l'État bourgeois et leur a fourni une fondation importante à leur édification.  
97 Au fil du temps, diverses institutions se sont développées notamment en raison  
98 de l'évolution des modes de production et des besoins de la classe dominante. La  
99 privatisation des biens communs telle qu'elle s'est produite au 18<sup>e</sup> siècle et qui

100 a fortement influencé la production en est un exemple. Ces changements du  
101 système judiciaire ont eu des conséquences importantes et illustrent l'influence  
102 des systèmes judiciaires sur l'évolution des rapports de classe.

103 Les rapports de classe ont toujours été marqués et influencés par les systèmes  
104 judiciaires. La réglementation et la protection de la propriété telles que nous  
105 les connaissons aujourd'hui existaient déjà dans l'Empire romain. Au fil des  
106 siècles, les systèmes judiciaires ont été adaptés et modifiés pour servir  
107 l'ordre dominant. L'État bourgeois moderne et son système judiciaire tel que  
108 nous le connaissons depuis le 19<sup>e</sup> siècle trouvent donc leur origine dans toute  
109 l'histoire des dominations. Là où des rapports de classe doivent être maintenus,  
110 des systèmes judiciaires oppressifs sont créés. Grâce à une multitude de lois,  
111 d'administrations, de tribunaux, etc., les gens sont contraints d'exister dans  
112 un cadre favorable au capital. Pour que les structures de domination puissent  
113 persister, elles doivent être légitimées d'une part et pouvoir être appliquées  
114 d'autre part. Les offices des poursuites, les prisons ou les lois fiscales sont  
115 par exemple des moyens au service de cet objectif. Toutes celles et ceux qui ne  
116 veulent ou ne peuvent pas respecter les règles du jeu du capital ou qui s'y  
117 opposent doivent faire face à la répression de l'État. Le système judiciaire  
118 donne à l'État bourgeois les moyens de maintenir activement l'ordre dominant.

### 119 **3. Un système judiciaire axé sur la vengeance ne** 120 **mène pas à davantage de justice**

121 Outre la protection de la propriété, le système judiciaire existe également pour  
122 résoudre les conflits sociaux. Le système de justice (pénale) actuel est  
123 essentiellement une justice de représailles. En cas d'injustice commise, elle  
124 consiste à punir l'auteur·eur et d'espérer ainsi compenser un mal par un autre  
125 mal. Il s'agit d'une part de punir les coupables (et éventuel·les complices) et  
126 d'autre part d'assouvir le besoin de justice par la vengeance. Ce principe est  
127 erroné à plusieurs égards. Toutes les personnes responsables d'infractions sont  
128 des enfants de leur société. Les circonstances sociales augmentent ou réduisent  
129 le risque de commettre des délits. L'individualisation du problème avec une  
130 punition individuelle mène à une impasse. Les chiffres le montrent également :  
131 d'autres méthodes sont plus prometteuses pour réduire les récidives que la simple  
132 punition <sup>151</sup>.

133 Par ailleurs, la logique de la rétribution prive aussi bien les personnes lésées  
134 ou les victimes que les auteurs·eurs de la possibilité de prendre part à la  
135 résolution du conflit. Un système axé sur la punition, fonctionnant selon le  
136 principe « œil pour œil, dent pour dent » et la logique de l'« amende honorable  
137 », ne pourra jamais répondre à l'exigence d'une société juste. Au lieu de cela,

138 la résolution des conflits sociaux doit viser à permettre la réparation des  
139 injustices et à ce que les erreurs passées conduisent à un processus  
140 d'apprentissage et à une amélioration à l'avenir.

#### 141 **4. L'interprétation de la loi est** 142 **antidémocratique**

143 Toute loi doit être appliquée et les tribunaux disposent d'une grande marge de  
144 manœuvre à cet égard. L'application des lois est ainsi majoritairement  
145 soustraite à un contrôle démocratique direct. Les juges sont certes élu·es par  
146 les parlements (ou dans certains cantons par les électrices·eurs) et ont donc  
147 une légitimité démocratique, mais la population en général n'a que peu de  
148 contrôle et de connaissances sur leur activité.

149 Les audiences des tribunaux sont certes publiques dans la plupart des cas – un  
150 principe même ancré dans nos droits fondamentaux pour permettre le contrôle de  
151 la jurisprudence par la population –, mais ce prétendu contrôle ne fonctionne  
152 pas pour plusieurs raisons : d'une part, rares sont les personnes qui peuvent  
153 prendre le temps d'assister à une audience de tribunal, et plus rares encore  
154 celles capables d'en comprendre le déroulement assez complexe. D'autre part, il  
155 n'y a souvent pas de motivation détaillée du jugement lors d'une audience, ce  
156 qui serait pourtant important pour permettre efficacement le contrôle ou, le cas  
157 échéant, la critique de l'action d'un tribunal. Certaines décisions, notamment  
158 celles du Tribunal fédéral, sont publiées. La réaction du public aux motivations  
159 des décisions, en particulier dans le contexte des violences sexuelles, montre à  
160 quel point ces motivations sont importantes pour permettre de critiquer l'action  
161 d'un tribunal, de demander des améliorations et d'identifier les problèmes  
162 systémiques dans la jurisprudence.

163 Les juges ne se basent pas uniquement sur leur opinion personnelle ou sur des  
164 décisions de justice passées pour prendre leurs décisions. Dans les motivations  
165 des décisions de justice, on constate que des « commentaires »<sup>161</sup> sont souvent  
166 utilisés pour justifier et étayer les décisions. Bien que ces explications et  
167 informations jouent un rôle très important dans l'application des lois, elles ne  
168 sont accessibles qu'à un petit nombre de personnes et sont rédigées par un  
169 cercle restreint d'autrices·eurs. Ainsi, un petit nombre de professeur·es de  
170 droit ont une influence énorme sur la jurisprudence et l'application des lois,  
171 sans être légitimé·es démocratiquement d'aucune manière et avec peu de  
172 transparence sur la manière dont ces commentaires sont élaborés.

#### 173 **5. il n'y a pas de justice pour toutes et tous** 174

## **dans un système capitaliste**

175 Bien que la Constitution établisse que l'accès à la justice doit être garanti,  
176 la réalité est toute autre. Les obstacles financiers sont un exemple de cette  
177 inégalité d'accès, mais le problème va plus loin. Comment garantir l'accès à la  
178 justice dans un système judiciaire complexe, avec des lois difficilement  
179 compréhensibles et une application parfois opaque qui nécessitent des études et  
180 des heures de recherche pour être compris ?

181 L'inaccessibilité de la justice découle notamment du manque de connaissances du  
182 grand public sur les lois et les moyens de défendre ses intérêts ou de lutter  
183 contre un traitement injuste. La solution ne peut toutefois pas consister à  
184 mieux éduquer le grand public, même si des offres accessibles d'éducation ou de  
185 conseil peuvent aider de nombreuses personnes ; les offres d'éducation et de  
186 conseil ont aussi leurs limites dans un système judiciaire complexe, opaque et  
187 coûteux. L'inaccessibilité de la justice est un problème largement connu, mais  
188 il ne peut être résolu par des mesures isolées. Le système judiciaire est rendu  
189 inaccessible pour garantir le maintien de la situation actuelle. Si tout le  
190 monde réclamait les droits qui lui sont garantis, quel que soit le domaine  
191 juridique, les intérêts de la classe dominante seraient menacés. Cette idée peut  
192 certes paraître séduisante mais elle n'est rien de plus qu'une idée, car le  
193 système judiciaire est fondamentalement conçu pour ne pas accorder à toutes et  
194 tous l'accès à la justice et à la protection.

## **6. Le système judiciaire renforce la répression existante**

197 Notre monde est marqué par des systèmes d'oppression comme le patriarcat, le  
198 racisme, le colonialisme et le validisme. Cette oppression s'exprime également  
199 dans le système judiciaire et est encore renforcée par celui-ci. Les  
200 institutions du droit ancrent et renforcent les inégalités de traitement  
201 existantes sous la forme de textes de loi et de pratiques juridiques, avec pour  
202 conséquence de criminaliser encore davantage les groupes opprimés et  
203 marginalisés. La police et les autorités judiciaires suisses s'occupent par  
204 exemple de manière disproportionnée des délits relatifs à la criminalisation du  
205 statut de séjour des personnes migrantes. En outre, les délits, même sans lien  
206 avec l'immigration, entraînent souvent des peines plus sévères pour les  
207 personnes qui n'ont pas de passeport suisse (p.ex. expulsion du territoire). Le  
208 profilage raciste<sup>[1]</sup> quant à lui, en tant que conséquence du racisme au sein de  
209 la société et du système judiciaire, a pour conséquence que les personnes  
210 racisées sont criminalisées de manière disproportionnée.

211 L'oppression patriarcale aussi s'exprime fortement dans le système judiciaire.  
212 Ainsi, en raison des faibles chances d'aboutissement de la procédure en matière  
213 de délits sexuels, seuls 8 % des agressions sexuelles font l'objet d'une  
214 plainte<sup>181</sup>. Les personnes handicapées n'ont parfois pas les mêmes droits que le  
215 reste de la population en raison des curatelles et les personnes touchées par la  
216 pauvreté sont soupçonnées de tous les maux lorsqu'elles reçoivent des  
217 prestations de soutien, risquant des peines de prison pour des délits mineurs.  
218 Cette énumération pourrait être poursuivie à volonté. De toute évidence, nous ne  
219 sommes pas toutes et tous égales·aux devant la loi. Des personnes déjà victimes  
220 de discrimination et d'exclusion souffrent à nouveau de cette incapacité ou de  
221 cette réticence du système judiciaire à rendre justice.

## 222 **7. La police ne nous protège pas nous, elle** 223 **protège les intérêts du capital**

224 Près de 70 % de la population suisse a une grande confiance en l'institution  
225 policière<sup>191</sup>. Cela peut surprendre, car la police ne correspond en fait pas à  
226 notre conception de la démocratie. Au lieu de préserver les libertés ou de  
227 protéger de la violence, la police fait le contraire : elle reproduit les  
228 injustices et les oppressions et restreint les libertés<sup>190</sup>. La police se charge  
229 de faire respecter la loi et l'ordre avec le monopole de la violence légitime  
230 que lui confie l'État, et elle peut aussi utiliser pour cela la violence et des  
231 moyens de contrainte. Il en résulte des ambivalences claires : par exemple, la  
232 police est chargée de faire respecter les droits de l'homme mais les viole  
233 régulièrement elle-même<sup>111</sup>. Lorsque la police agit de manière illégale, elle  
234 est rarement sanctionnée de manière appropriée : les mécanismes de contrôle  
235 nécessaires, par exemple des services de médiation indépendants et/ou une  
236 réglementation claire sur les infractions, sont pratiquement inexistants en  
237 Suisse<sup>112</sup>. En se penchant sur les mécanismes systémiques derrière la police, il  
238 devient clair qu'elle ne pourra jamais avoir les libertés et la protection de la  
239 population pour objectifs réels. En Suisse, les origines de la police remontent  
240 aux « Landjäger » qui, à partir du 17<sup>e</sup> siècle au plus tard, étaient chargés  
241 d'expulser des terrains les gens du voyage et les personnes touchées par la  
242 pauvreté<sup>113</sup>. La police n'a jamais été et n'est toujours pas là pour protéger  
243 les gens.

244 Dans le système capitaliste actuel, la police protège, sur ordre de l'État  
245 bourgeois, les moyens de production de la classe dominante et assure les  
246 rapports de force existants. Celles et ceux qui remettent publiquement en  
247 question ces rapports s'exposent à la répression policière. Ainsi, toutes celles  
248 et ceux qui se montrent critiques ou alors ne veulent ou ne peuvent pas agir  
249 selon les règles du jeu capitaliste dans ce système sont intimidé·es et  
250 découragé·es.

251 **8. Le système judiciaire actuel ne peut pas être**  
252 **réformé**

253 Notre analyse établit que le système judiciaire est au service des intérêts de  
254 la classe dominante au détriment des 99 % et surtout des groupes marginalisés.  
255 Les tentatives de réforme de ce système sont vouées à l'échec, car l'objectif de  
256 son fonctionnement resterait le même. Aucune société juste n'est possible tant  
257 que les moyens et les structures d'oppression et de maintien du pouvoir  
258 subsistent. Si le capitalisme doit être dépassés, il en va de même pour l'État  
259 bourgeois, ses institutions et ses instruments. Le système judiciaire en fait  
260 partie.

261 **Notre vision : créer une justice collective**

262 Tous les êtres humains méritent de vivre dans la dignité, ce qui implique aussi  
263 la justice : la justice lorsqu'on a subi une injustice, mais aussi le droit à la  
264 restauration lorsqu'on a soi-même commis une injustice. Notre vision d'une  
265 société socialiste peut et doit inclure des structures appropriées à cet effet,  
266 c'est-à-dire une alternative au système judiciaire actuel. Nous sommes  
267 conscient·es que même après un tournant socialiste, toute violence et toute  
268 oppression ne seront pas immédiatement éliminées. En particulier, le dépassement  
269 des systèmes d'oppression qui permettent certaines formes de violence, comme le  
270 racisme, le patriarcat ou le validisme, ne sera pas possible du jour au  
271 lendemain. Le système judiciaire actuel ne permettra cependant jamais de  
272 surmonter ces systèmes, c'est pourquoi nous avons besoin, outre de mesures à  
273 court terme, d'une alternative transformatrice à long terme.

274 **Ce qu'il faut faire aujourd'hui et demain**

275 L'injustice actuelle peut et doit être réduite même avant le tournant  
276 socialiste. Chaque jour, des personnes en fuite sont contraintes à la détention  
277 en vue de leur expulsion dans des conditions inhumaines, des procès sont perdus  
278 à tort, des personnes victimes de violences sexuelles sont traumatisées,  
279 d'autres personnes sont contraintes à la pauvreté – en bref, le système  
280 judiciaire d'aujourd'hui aggrave les injustices et coûte souvent des vies  
281 humaines.

282 Cette souffrance doit être endiguée le plus rapidement et le plus efficacement  
283 possible. À court terme, l'accès à la justice doit être amélioré et simplifié  
284 pour tous. Les groupes marginalisés doivent être protégés et leurs droits  
285 renforcés. Pour cela, il faut également mettre un terme à la criminalisation de

286 certains groupes, comme les personnes racisées et les personnes sans passeport  
287 suisse. Les mêmes droits doivent s'appliquer à tous les êtres humains et le  
288 régime d'asile doit être dépassé en conséquence, comme cela est expliqué dans  
289 notre papier de position sur le racisme<sup>[14]</sup> et celui sur la migration<sup>[15]</sup> ainsi  
290 que dans différentes résolutions sur cette thématique. Le profilage raciste et  
291 les discriminations ordinaires doivent être combattues, car même des droits  
292 égaux ne garantissent pas l'égalité de traitement devant la loi et encore moins  
293 la justice. De plus, il est urgent de modifier les bases juridiques dans de  
294 nombreux domaines, car l'obtention de la justice est impossible dès le départ si  
295 la loi elle-même est conçue de manière discriminatoire. L'interprétation de la  
296 loi doit également être modifiée au plus vite. Les tribunaux, principale  
297 institution d'interprétation de la loi, doivent être soumis à un contrôle  
298 démocratique accru. Les institutions de poursuite pénale, dont notamment les  
299 parquets, doivent être libérées de la contrainte de l'efficacité. Il ne faut pas  
300 que seules celles et ceux qui ont la certitude d'obtenir des jugements positifs  
301 puissent contester toute insatisfaction avec une armée d'avocat·es. Il faut  
302 également des moyens pour protéger les individus dans leurs relations juridiques  
303 avec les capitalistes et les grandes entreprises. Les personnes (physiques ou  
304 morales) qui disposent de moyens financiers importants devraient également  
305 assumer une charge financière plus lourde en cas de procès, quelle que soit  
306 l'issue de celui-ci.

## 307 **Le long chemin vers la justice**

308 Avec la sortie du capitalisme, l'objectif clé du système judiciaire actuel  
309 disparaît : le maintien de la domination de la classe capitaliste ainsi que la  
310 protection et la préservation de ses moyens de production. L'élimination de  
311 toutes les structures d'oppression au sein de la société prive également de  
312 nombreux conflits de leur fondement et a un impact sur la justice. La  
313 transformation fondamentale de notre société doit s'accompagner d'une nouvelle  
314 conception de la sécurité, de l'ordre et de la vie en commun.

315 Nous ne pourrions probablement jamais éliminer complètement les conflits et la  
316 violence d'une société : c'est pourquoi nous avons besoin d'une nouvelle  
317 pratique collective pour créer une véritable justice loin des logiques de  
318 punition et de vengeance. Le concept de *justice restaurative*, une approche très  
319 ancienne de résolution de conflits qui met l'accent sur la restauration plutôt  
320 que sur la punition, en est un exemple. Cette pratique trouve son origine  
321 notamment dans les groupes indigènes de Nouvelle-Zélande et d'Amérique du Nord  
322 et connaît un essor mondial depuis 30 ans<sup>[16]</sup>.

323 Avec la *justice restaurative*, nous pourrions à moyen terme remplacer  
324 progressivement les procédures judiciaires. Aujourd'hui déjà, les ordres

325 juridiques de pays comme l'Autriche ou l'Allemagne contiennent des approches de  
326 justice restaurative avec le « Tatausgleich » / « Täter-Opfer-Ausgleich »<sup>[171]</sup>.  
327 La JS Suisse travaille également sur la base d'approches de ce type pour le  
328 traitement des violences sexistes et sexuelles. Dans les procédures de justice  
329 restaurative, la victime, l'autrice·eur et/ou d'autres membres de la communauté  
330 également concerné·es par ce qui s'est passé cherchent ensemble des solutions et  
331 des stratégies pour faire face aux conséquences de l'acte. Le processus peut  
332 également être accompagné par une tierce partie impartiale. Lors des procédures,  
333 la violence et l'injustice sont également analysées au niveau communautaire et  
334 des solutions appropriées sont recherchées pour y remédier<sup>[181]</sup>. La *justice*  
335 *réparatrice* nous permet de remplacer les procédures judiciaires jusqu'à ce que  
336 le dépassement du système judiciaire actuel soit pleinement réussi.

337 En réalité, les éléments centraux de la *justice restaurative* – à savoir la  
338 recherche commune de solutions et de la restauration – sont la manière dont  
339 nous, en tant que société, résolvons les problèmes interpersonnels en dehors des  
340 tribunaux et des procès. Notre vision peut donc être résumée simplement : nous  
341 voulons aller vers une société qui fonctionne sans oppression ni exploitation et  
342 place la confiance en l'être humain au centre de la cohabitation sociale. C'est  
343 là un objectif qui vaut le combat.

## 344 **Bibliographie**

345 <sup>[11]</sup> Revendication également du papier de position « Manifeste pour des humains  
346 libres dans un monde libre », en ligne à l'adresse :  
347 [https://juso.ch/fr/publications/positions/manifeste-pour-des-humains-libres-](https://juso.ch/fr/publications/positions/manifeste-pour-des-humains-libres-dans-un-monde-libre/)  
348 [dans-un-monde-libre/](https://juso.ch/fr/publications/positions/manifeste-pour-des-humains-libres-dans-un-monde-libre/)

349 <sup>[12]</sup> Gramsci, Antonio : Gefängnisheft, Band 7. éd. von Bochmann, Klaus [et al.],  
350 Hambourg 1991-2002.

351 <sup>[13]</sup> Ibid.

352 <sup>[14]</sup> Nagel, Lara-Alexa : Die Väter aller Probleme. Zur Maskulinisierung von Staat  
353 und Gesellschaft, in: Forum Recht (01/19): Rechtsphilosophie. Allgemeine  
354 Geschäftsbedingungen, p. 25/26. Francfort-sur-le-Main 2019, p. 25.

355 <sup>[15]</sup> Gerhard, Hans (2004) : Rückfalluntersuchungen nach Restorative  
356 JusticeProgrammen : ein kritische Überblick, CSLE Discussion Paper, No. 2004-10,  
357 Universität des Saarlandes, Center for the Study of Law and Economics (CSLE),  
358 Saarbrücken. [[https://www.econstor.eu/bitstream/10419/23070/1/2004-](https://www.econstor.eu/bitstream/10419/23070/1/2004-10_rueckfall.pdf)  
359 [10\\_rueckfall.pdf](https://www.econstor.eu/bitstream/10419/23070/1/2004-10_rueckfall.pdf)], consulté le 07/01/2023.

360 <sup>161</sup> Les commentaires sont, dans la recherche juridique, des développements sur  
361 chaque article des principales lois.

362 <sup>171</sup> Le profilage raciste désigne toutes les mesures policières qui ont pour  
363 conséquence que des groupes de personnes sont traités de manière arbitraire ou  
364 disproportionnée parce qu'ils sont perçus comme « étrangers » sur le plan  
365 ethnoculturel, religieux ou en raison de leur origine ou de leur couleur de  
366 peau, ou parce qu'ils ne sont pas considérés comme égaux. (<https://www.stop-racial-profiling.ch/fr/>).

368 <sup>181</sup> gfs.bern : Sexuelle Belästigung und sexuelle Gewalt an Frauen sind in der  
369 Schweiz verbreitet

370 [<https://cockpit.gfsbern.ch/fr/cockpit/violence-sexuelles-en-suisse/>], consulté  
371 le 07/01/2024

372 <sup>191</sup> Office fédéral de la statistique (OFS) : Erhebung über die Einkommen und  
373 Lebensbedingungen SILC, Vertrauen in Institutionen, 2021, Berne 2023.

374 <sup>190</sup> Schöni, Basil : Die Polizei ist eine Art Fremdkörper in der Demokratie, in  
375 : Republik (30.08.2022), [[https://www.republik.ch/2022/08/30/die-polizei-ist-  
376 eine-art-fremdkoerper-in-der-demokratie](https://www.republik.ch/2022/08/30/die-polizei-ist-eine-art-fremdkoerper-in-der-demokratie)], consulté le 07/01/2024.

377 <sup>111</sup> humanrights.ch : Was ist die Polizei? (27/10/2023),  
378 [[https://www.humanrights.ch/de/ipf/menschenrechte/polizei/dossier-  
379 polizei/begriffsdefinition-polizei/](https://www.humanrights.ch/de/ipf/menschenrechte/polizei/dossier-polizei/begriffsdefinition-polizei/)], consulté le : 07/01/2024.

380 <sup>1121</sup> Gamp, Roland : Die meisten Beamten kommen ohne Strafe davon, dans :  
381 Sonntagszeitung (01/06/2018),  
382 [  
383 [https://www.humanrights.ch/cms/upload/pdf/2018/180710\\_Die\\_meisten\\_Beamten\\_komme-  
n\\_ohne\\_Strafe\\_davon.pdf](https://www.humanrights.ch/cms/upload/pdf/2018/180710_Die_meisten_Beamten_kommen_ohne_Strafe_davon.pdf)], consulté le 07.01.2024, p. 6.

384 <sup>1131</sup> Ebnöther, Christoph : Polizei, dans : Historisches Lexikon der Schweiz  
385 (28/09/2010), [[https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/009638/2010-09-  
386 28/#HDieABgutePoliceyBBimAncienRE9gime](https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/009638/2010-09-28/#HDieABgutePoliceyBBimAncienRE9gime)], consulté le : 07/01/2024.

387 <sup>1141</sup> JS Suisse : Reconnaître et combattre le racisme – dans la société et au  
388 sein de gauche, papier de position sur le racisme (AA 19/02/2023), Berne 2023.

389 <sup>1151</sup> JS Suisse : No Borders, No Nations, Papier de position sur la migration (AA

390 2017), Berne 2017.

391 <sup>1161</sup> Van Ness, Daniel W. : An Overview of Restorative Justice around the World,  
392 Atelier 2, Eleventh United Nations Congress on Crime Prevention and Criminal  
393 Justice, Bangkok 2005.

394 <sup>1171</sup> Pelikan, Christa : Was ist Restorative Justice? dans : Sustainable Austria  
395 (n° 51) : Muss Strafe sein?, Vienne 2010.

396 <sup>1181</sup> Conseil de l'Europe : On Mediation in Penal Matters. Recommendation n° R 99  
397 (adoptée par le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe le 15/09/1999),  
398 Strasbourg 2000.